

LTW 3 LTW-Programm - GERECHT

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.10.2016
Tagesordnungspunkt:	1. Landtagswahlprogramm
Thema:	Landtagswahlprogramm

1 2. GERECHT

2 Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen
3 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte
4 Chancen geben

5 Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Diese Maxime leitet uns GRÜNE
6 auch in vielen lebenspraktischen Fragen und gibt uns den Kurs für die Gestaltung
7 der Zukunft vor: mehr Gerechtigkeit, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr
8 Geborgenheit im Zusammenleben. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von
9 Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und
10 allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen in der
11 Bildung, in der sozialen Hilfe und im Gesundheitsbereich. Die Verwirklichung einer
12 gerechten Gesellschaft braucht eine menschnahe Finanzpolitik, eine
13 Bildungspolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht, soziale Absicherung und
14 förderliche Rahmenbedingungen für Familien. So wird unser Wohlergehen gewährleistet
15 und die Gesellschaft zusammengehalten. Ohne sozialen Frieden kann es auch keine
16 Sicherheit geben.

17 Starke Familien brauchen gute Rahmenbedingungen

18 Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung
19 und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-
20 Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

21 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik.
22 Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

23 Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute
24 Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)
25 intensivieren.

26 Familienzentren ausbauen

27 Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein
28 flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien
29 niedrigschwellige Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und
30 Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit
31 sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und
32 weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

33 Zeit für die Familie haben

34 Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und
35 mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im
36 öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach

- 37 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder
 38 pflegebedürftige Angehörige versorgen.
- 39 Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen
- 40 Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und
 41 Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.
- 42 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
 43 Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und
 44 Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die Kommunen im Rahmen des Paragraphen
 45 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzen und neue
 46 Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und Jugendlichen integrieren. Hierfür
 47 werden wir eine Informationskampagne mit Best-Practise-Beispielen starten.
- 48 Wir GRÜNE pochen auf ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.
- 49 Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern
- 50 Wir wollen für ein intensives Leben mit Kindern sorgen und damit für mehr
 51 Lebensqualität, die allen zugute kommt. Kinder und Jugendliche sollen gesund und
 52 gewaltfrei aufwachsen und die notwendige Förderung erhalten. Familienunterstützende
 53 Beratungs- und Hilfsangebote – wie in den Familienzentren – können einen wichtigen
 54 Beitrag leisten.
- 55 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
 56 Kindergesundheit zu schützen.
- 57 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
 58 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
 59 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.
- 60 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
 61 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.
- 62 Kinder- und Jugendhilfe reformieren
- 63 In der Kinder- und Jugendhilfe werden wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
 64 Sozialraumorientierung engagieren.
- 65 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
 66 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
 67 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.
- 68 Zum Wohl von minderjährigen Geflüchteten sowie Familien mit Kindern muss es bessere
 69 und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Sie dürfen nicht durch alle
 70 rechtlichen und sozialen Netze fallen. Die Unterstützung endet nicht mit dem
 71 Erreichen der Volljährigkeit.
- 72 Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen
- 73 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
 74 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
 75 weiter unterstützen.
- 76 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
 77 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
 78 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

79 Kinderarmut bekämpfen

80 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
81 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
82 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

83 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut – auch durch die weitreichende
84 Unterstützung der Eltern und auf Bundesebene durch die Einführung einer
85 armutsfesten Kindergrundsicherung.

86 Soziale Infrastruktur stärken

87 Zentrales Anliegen von uns GRÜNEN ist es, dass alle Menschen die gleichen Chancen
88 haben und jede*r Unterstützung findet, die oder der Hilfe benötigt. Wir können
89 nicht einfach hinnehmen, dass viele Menschen unter Armut leiden und keine Chancen
90 haben aufzusteigen, während andere große Vermögen besitzen, ohne einen
91 entsprechenden Beitrag für unsere Gemeinschaft zu leisten. Unser gesellschaftlicher
92 Zusammenhalt ist auf eine funktionierende soziale Infrastruktur und Hilfe in allen
93 Lebenslagen gegründet.

94 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
95 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
96 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
97 Garantierente einsetzen.

98 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
99 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Sanktionsmoratorium
100 (Aussetzen der Bestrafung) und eine Reform der Grundsicherung. Wir werden uns auf
101 Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen
102 Grundeinkommen einsetzen.

103 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
104 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und werden sie
105 gesetzlich in einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit
106 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für
107 Menschen mit Behinderung setzen wir fort.

108 Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen

109 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
110 Behinderung sichert. Dazu gehört auch, dass wir die Selbstorganisation und direkte
111 Beteiligung von Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken.
112 Kommunale Beauftragte oder Beiräte für Menschen mit Behinderung können da einen
113 wichtigen Beitrag leisten. Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-
114 Behindertenrechtskonvention und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
115 fortführen.

116 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
117 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
118 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

119 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
120 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
121 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
122 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
123 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im

- 124 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
125 wichtige Grundlagen.
- 126 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
127 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören einheitliche
128 Qualitätsstandards. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent umgesetzt
129 werden. Wir fordern daher auf Bundesebene ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die
130 Abschaffung des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des
131 Vermögens.
- 132 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
133 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
134 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
135 Musik müssen selbstverständlich werden.
- 136 Selbstbestimmtes Leben im Alter leicht machen
- 137 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
138 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
139 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
140 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
141 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
142 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
143 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.
- 144 Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden
- 145 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
146 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
147 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können.
- 148 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
149 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
150 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
151 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!
- 152 EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen
- 153 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
154 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
155 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
156 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.
- 157 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
158 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
159 werden.
- 160 Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen
- 161 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
162 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
163 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
164 erforderlich.
- 165 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
166 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
167 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die

168 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
 169 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
 170 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
 171 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
 172 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
 173 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

174 Dabei prüfen wir ein ehgattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
 175 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
 176 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
 177 auf den Weg zu bringen.

178 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
 179 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

180 Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen

181 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
 182 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
 183 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
 184 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

185 Das Ehrenamt würdigen und belohnen

186 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch die
 187 Flüchtlingskrise klar geworden. Das Ehrenamt ist ein unersetzliches Bindemittel für
 188 den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
 189 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
 190 viele Menschen packen im Land freiwillig an und füllen manche Lücke in der
 191 Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark.

192 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
 193 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
 194 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
 195 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
 196 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

197 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
 198 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
 199 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

200 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
 201 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
 202 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

203 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine bessere
 204 Koordinierung von Ehrenamtler*innen vor allem auf kommunaler Ebene durch zentrale
 205 Anlaufstellen.

206 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
 207 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
 208 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
 209 aufkommen müssen.

210 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
 211 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

212 Soziales@Digital

213 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
 214 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
 215 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
 216 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

217 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
 218 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

219 Auf den Punkt

- 220 • Wir werden Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
 221 Kinderarmut bekämpfen,
- 222 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 223 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
 224 Barrierefreiheit verbessern,
- 225 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
 226 Demografie aufstellen,
- 227 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
 228 fördern,
- 229 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 230 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
 231 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 232 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

233 Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum
 234 planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen

235 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
 236 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
 237 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
 238 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
 239 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

240 In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden

241 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
 242 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
 243 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
 244 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
 245 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
 246 Beratung und Unterstützung sorgen.

247 Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen

248 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
 249 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.

250 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
251 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
252 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
253 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
254 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
255 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

256 Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen

257 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
258 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
259 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
260 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
261 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
262 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
263 angelegt werden.

264 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
265 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
266 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
267 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
268 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
269 Baumaßnahmen.

270 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
271 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
272 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
273 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
274 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
275 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
276 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

277 Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

278 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
279 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
280 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
281 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
282 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

283 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
284 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
285 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
286 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
287 zu den bestehenden Förderprogrammen.

288 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

289 Auf den Punkt

- 290 • Wir werden Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
291 anbieten,
- 292 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
293 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 294 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

295 Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale 296 Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung

297 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
298 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
299 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

300 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
301 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
302 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
303 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
304 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
305 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

306 Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen

307 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
308 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
309 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir
310 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.

311 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern

312 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
313 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
314 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
315 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

316 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
317 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
318 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
319 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
320 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
321 gewährleistet ist.

322 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
323 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
324 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
325 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
326 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
327 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
328 informiert.

329 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
330 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

- 331 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
 332 Gemeindeschwestern und -pflegern.
- 333 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der Telemedizin Potenzial.
- 334 Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden
- 335 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
 336 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.
- 337 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
 338 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
 339 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
 340 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
 341 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
 342 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.
- 343 Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln
- 344 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
 345 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.
- 346 Investitionen in den Krankenhausbau gilt es, weiter umzusetzen. Der Abbau des
 347 Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
 348 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
 349 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.
- 350 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
 351 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
 352 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.
- 353 Die Medizin braucht mehr Nachwuchs
- 354 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
 355 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
 356 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
 357 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
 358 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
 359 zwei exzellente Hochschulen zur Mediziner*innenbildung. Unser Ziel ist es, gemeinsam
 360 mit den anderen Bundesländern durch einen "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000
 361 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.
- 362 Pflege geht Alle an
- 363 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
 364 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
 365 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.
- 366 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken, weil sie geeignet sind,
 367 Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. hinauszuschieben. Auch das Schleswig-
 368 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der
 369 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
 370 bei Erfolg landesweit umsetzen.
- 371 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
 372 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die

- 373 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
 374 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.
- 375 Palliativversorgung und Hospize tun not
- 376 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
 377 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.
- 378 Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen
- 379 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
 380 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden, gemeinsam mit den
 381 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
 382 übernehmen. Mit den Kommunen zusammen steht es auch an, in jedem Kreis und jeder
 383 kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe zuständige Hebamme bereit zu halten. Zur
 384 Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer strukturschwacher Gegenden setzen
 385 wir uns weiterhin für eine externe Begleitung ein.
- 386 Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen
- 387 Psychiatrische und psychosomatische Tageskliniken sind auszubauen. Wir unterstützen
 388 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
 389 Behandlungsformen.
- 390 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
 391 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.
- 392 Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen
- 393 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
 394 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
 395 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
 396 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
 397 traumatisierte Geflüchtete. Die von uns veranlasste Aufstockung der Mittel ist
 398 weiterzuführen und dem kommenden Bedarf anzupassen. Das gilt auch für die
 399 Fortbildung von Menschen, die Traumatisierte in Unterkünften betreuen.
- 400 Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten
- 401 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
 402 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
 403 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.
- 404 Gesundheit@Digital
- 405 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
 406 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Wichtig ist die Einhaltung
 407 des Datenschutzes.

408 Auf den Punkt

- 409 • Wir werden die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 410 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 411 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 412 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 413 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
414 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 415 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
416 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 417 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
418 prüfen,
- 419 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

420 Kita / Plietsch – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon 421 von der Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der 422 Eltern

423 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
424 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
425 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
426 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
427 und die Kinderstube der Demokratie.

428 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
429 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
430 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
431 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
432 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
433 Landtagswahl versprochen hatten.

434 Kitapolitik für mehr Qualität

435 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
436 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
437 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
438 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

439 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
440 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
441 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
442 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
443 verbinden.

444 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
445 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch

446 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
447 Euro jährlich unterstützen.

448 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
449 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
450 sich vernetzen können.

451 Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung

452 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
453 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
454 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
455 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
456 wollen wir weiter verbessern.

457 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
458 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
459 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
460 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
461 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

462 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe
463 Qualität haben für uns Priorität. Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser
464 Ziel. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird
465 2017 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro
466 Monat entlastet. Außerdem haben wir Familien im Bezug von Transferhilfe per
467 Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

468 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
469 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
470 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
471 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
472 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

473 Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen

474 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
475 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
476 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
477 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
478 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
479 und den Einstieg in eine duale Ausbildung für Erzieher*innen prüfen.

480 Auf den Punkt

- 481 • Wir werden noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 482 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
483 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 484 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 485 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

486 Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen sollen sich
487 in Ruhe entwickeln können, zum Besten für Schüler*innen und
488 Lehrkräfte

489 In erster Linie sind an unseren Schulen nicht Fächer, sondern junge Menschen zu
490 unterrichten. Sie sollen die Welt des Wissens mit Freude kennenlernen, sie sollen
491 erfahren, worauf sie stolz sein können und wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
492 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
493 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
494 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

495 100 Prozent plus x in der Unterrichtsversorgung und weitere Hilfen

496 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
497 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
498 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

499 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
500 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
501 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
502 der Schüler*innenschaft stark. Wir wollen vor allem Schulen stärken, die vielen
503 Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind geben. Es
504 gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
505 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
506 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
507 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

508 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils
509 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
510 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

511 Auch den Ausbau der Ganztagschulen gilt es weiterzuführen: Halbtagschulen passen
512 nicht mehr zur Lebenswirklichkeit berufstätiger Eltern. Wir brauchen – nicht nur in
513 der Grundschule – verlässliche und bedarfsgerechte Angebote.

514 Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern

515 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
516 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
517 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
518 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
519 Bildungsdialo g mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
520 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
521 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
522 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben.

523 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
524 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
525 werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in die
526 Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

527 In Modellschulen sollte es die Möglichkeit geben, Arbeitszeitmodelle
528 auszuprobieren, um Freiräume zu schaffen. Multiprofessionelle Teams könnten damit
529 Zeit zur Koordinierung gewinnen und Arbeitsspitzen abgemildert werden.

530 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
531 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
532 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
533 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
534 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich.

535 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
536 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
537 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen können aufschlussreiches Feedback geben,
538 deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

539 Inklusion verwirklichen

540 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
541 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre
542 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
543 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

544 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
545 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
546 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
547 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
548 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
549 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und
550 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

551 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
552 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
553 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

554 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
555 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
556 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
557 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von
558 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

559 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
560 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
561 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

562 Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen

563 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
564 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
565 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
566 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
567 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
568 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
569 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
570 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können.

571 Schule muss sich jede*r leisten können

572 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
573 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder

574 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
575 sein.

576 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
577 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
578 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
579 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
580 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

581 Demokratie und Vielfalt wagen

582 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
583 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
584 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
585 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
586 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
587 schätzen lernen.

588 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
589 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
590 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
591 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
592 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
593 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
594 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
595 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind.

596 Bildungsdialog zur Gesunden Schule initiieren

597 Wir sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und sind alarmiert, dass
598 viele Kinder und Jugendliche stark unter Schulstress leiden. Die Ursachen sind
599 vielfältig, gehen sicher aber auch auf den zunehmenden Leistungsdruck zurück. Vor
600 diesem Hintergrund ist es geboten, den Bildungsdialog fortzuführen und das Thema
601 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt zu stellen. Ein Ansatzpunkt – jenseits der
602 Lernbedingungen – ist die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften
603 Lebensmitteln, die zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

604 Schwimmen lernen

605 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. Wir wollen
606 ein Programm auflegen, damit alle Kinder am Ende der vierten Klasse schwimmen
607 können.

608 Religionsunterricht gehört dazu

609 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
610 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
611 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
612 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
613 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
614 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
615 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für die
616 Unterweisung von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

617 Die Schule im Dorf lassen

618 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
619 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
620 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
621 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
622 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
623 alle Probleme gelöst. Wir wollen auch im ländlichen Raum Angebote für die
624 Sekundarstufe vorhalten, die ohne unzumutbare Fahrtwege erreichbar sind.

625 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
626 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
627 Entwicklung beraten werden kann.

628 Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln

629 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
630 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
631 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
632 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir streben an, dass
633 Gemeinschaftsschulen „ohne Oberstufe“ sich zu Gemeinschaftsschulen „mit praktischer
634 Orientierung“ entwickeln. Dabei spielen Coaches, die Jugendliche in den Schulen
635 frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine wichtige Rolle. Wir setzen auf
636 Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung. Die entsprechenden Maßnahmen
637 wollen wir verstärken, um auch die Schulabbrecher*innenquote zu senken.

638 Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen

639 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
640 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
641 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
642 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
643 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
644 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

645 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
646 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
647 Flüchtlingen widmen können.

648 Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten

649 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
650 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
651 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
652 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

653 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
654 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
655 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
656 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
657 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
658 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
659 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
660 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

661 Eigenständigkeit erwünscht

662 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
663 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
664 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
665 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
666 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
667 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
668 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
669 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
670 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

671 Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen

672 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
673 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
674 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
675 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
676 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
677 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
678 bedeutet.

679 Lernen@Digital

680 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese
681 Chance nutzen zu können, ist mehr Medienkompetenz zu vermitteln. Moderne Schulen
682 brauchen zeitgemäße Methoden, digitales Lernen gehört unbedingt dazu. Auf diesem
683 Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch Ergänzungen in
684 der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und mit
685 außerschulischen Partnern.

686 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
687 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
688 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
689 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
690 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
691 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
692 die Teilhabe entscheidet.

693 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen ändert sich.
694 Informatikunterricht und Medienbildung müssen obligatorisch für alle Schüler*innen
695 an weiterführenden Schulen werden. Um das zu leisten, sind zügig Lehrkräfte aus-
696 und fortzubilden. Die Vermittlung digitaler Kompetenz darf aber nicht einfach „On
697 Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen) gelegt werden. Die Einführung eines
698 Medienpasses soll dafür sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und
699 praktisch beherrschen.

700 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
701 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

702 Auf den Punkt

- 703 • Wir werden dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
704 können,
- 705 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
706 Integrationsangebote ausbauen,
- 707 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
708 Bildungsbremse werden,
- 709 • Ganztagsangebote steigern und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 710 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt sorgen,
- 711 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
712 gearbeitet werden kann,
- 713 • digitales Lernen fördern.

714 Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die
715 Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen

716 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
717 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
718 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen.

719 Berufs- und Studienorientierung intensivieren

720 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
721 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
722 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
723 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
724 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
725 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
726 unterstützen können.

727 Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen

728 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
729 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
730 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
731 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
732 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
733 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
734 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

735 In Modellstudiengängen mehr Fachkräfte ausbilden

736 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
737 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
738 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
739 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
740 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
741 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

742 Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren

743 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
 744 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
 745 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
 746 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
 747 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
 748 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
 749 Schule in die Ausbildung finden.

750 RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten

751 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
 752 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
 753 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
 754 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
 755 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
 756 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
 757 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
 758 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes.

759 Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen
 760 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

761 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
 762 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
 763 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
 764 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
 765 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
 766 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
 767 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
 768 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
 769 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
 770 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

771 RBZ-Prozess voran bringen

772 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
 773 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
 774 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
 775 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
 776 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

777 Auf den Punkt

- 778 • Wir werden Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 779 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 780 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
- 781 etablieren,
- 782 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

783 Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens, sie
784 geben starke Impulse für die Zukunftsgestaltung unseres Landes

785 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
786 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
787 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
788 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
789 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

790 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
791 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
792 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Deshalb werden wir GRÜNE den
793 Ausbau der Hochschulen forcieren, unsere erfolgreiche Hochschul- und
794 Wissenschaftspolitik weiter verfolgen und zur fortwährenden Optimierung mit allen
795 universitären Statusgruppen überarbeiten.

796 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
797 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
798 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
799 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
800 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

801 Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen

802 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
803 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

804 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
805 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
806 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
807 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
808 Grundhaushalte umsetzen. Es ist zu prüfen, ob wir weitere finanzielle Mittel zur
809 Verfügung stellen können, um innovative Studiengänge auf den Weg zu bringen.
810 Besonders haben wir die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im
811 Blick. Kleine und "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in
812 der differenzierten Hochschullandschaft ein.

813 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
814 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

815 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
816 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
817 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
818 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
819 Bundesebene entwickeln.

820 Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern

821 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
822 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
823 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

824 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
825 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
826 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre

827 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
828 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
829 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

830 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
831 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
832 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
833 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
834 und Habilitation zu schaffen.

835 Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen

836 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
837 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
838 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
839 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
840 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
841 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
842 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
843 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
844 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
845 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
846 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

847 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
848 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
849 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
850 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
851 Geflüchtete kombiniert.

852 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
853 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
854 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
855 Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

856 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
857 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
858 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
859 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
860 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

861 Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern

862 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
863 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
864 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
865 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
866 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
867 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

868 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
869 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
870 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
871 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
872 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht

873 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
874 Zeichen gesetzt.

875 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
876 Alternativen zu ihrem klassischen Angebot ergänzen wollen. Wir werden Anreize
877 schaffen, damit die Hochschulen neue innovative Studiengänge entwickeln: eine
878 weitere Attraktion für ein Studium in Schleswig-Holstein.

879 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
880 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
881 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
882 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
883 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
884 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte zu diesem Projekt erarbeiten
885 und auf bestehenden aufbauen.

886 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
887 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
888 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
889 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
890 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
891 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
892 Campus unterstützen wir.

893 Startups mit der Wirtschaft zusammenbringen

894 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
895 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
896 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
897 und stärken.

898 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
899 Innovation auszurichten.

900 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
901 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
902 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

903 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
904 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
905 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
906 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

907 Studierende in der Eingangsphase individuell beraten

908 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
909 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
910 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
911 auseinander.

912 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
913 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
914 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
915 Studienjahr umfassend orientieren.

- 916 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
917 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
918 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
919 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden.
- 920 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
921 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
922 im Land ausweiten.
- 923 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
924 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
925 verbessern.
- 926 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
927 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
928 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.
- 929 Promotionen ermöglichen, Qualifikationen anerkennen
- 930 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
931 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
932 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
933 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungstarken
934 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
935 zu schwächen.
- 936 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
937 bei uns im Land aufzunehmen. Die vielen erfolgreichen Projekte an unseren
938 Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.
- 939 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
940 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
941 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
942 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
943 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
944 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
945 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.
- 946 Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen
- 947 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
948 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
949 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
950 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
951 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
952 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.
- 953 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
954 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.
- 955 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
956 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
957 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.
- 958 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
959 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen

960 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
961 grenzüberschreitender Studiengänge.

962 Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie

963 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
964 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
965 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
966 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
967 Mitarbeiter*innen)

968 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
969 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
970 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
971 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
972 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

973 Kooperationsverbot abschaffen

974 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
975 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
976 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
977 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
978 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

979 Lernen – ein Leben lang

980 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
981 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
982 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
983 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
984 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
985 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

986 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
987 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
988 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
989 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
990 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
991 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
992 wie dies gelingen kann.

993 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
994 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
995 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
996 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
997 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
998 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
999 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1000 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1001 der Flüchtlinge bei.

1002 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1003 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1004 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an

1005 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1006 bedarfsgerecht gestalten können.

1007 Hochschule@Digital

1008 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
1009 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
1010 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
1011 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
1012 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
1013 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
1014 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
1015 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
1016 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss
1017 ausgebaut werden.

1018 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
1019 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
1020 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1021 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
1022 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
1023 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1024 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
1025 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
1026 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
1027 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
1028 frei.

1029 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
1030 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
1031 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
1032 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
1033 aus.

1034 Auf den Punkt

- 1035 • Wir werden die finanzielle Sicherheit für die Hochschulen weiter
1036 gewährleisten,
- 1037 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1038 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1039 • innovative Studiengänge fördern
- 1040 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1041 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
1042 einsetzen,
- 1043 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1044 Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der
1045 Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

1046 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
1047 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
1048 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
1049 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die Schulden durch
1050 fehlende Bildung oder schlechte Daseinsvorsorge ansammelt, ist keine Alternative.
1051 Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die Gesellschaft.

1052 Schleswig-Holstein ist erfolgreich auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung. Das im
1053 Jahr 2010 in der Verfassung festgeschriebene Ziel, ab dem Jahr 2020 in der Regel
1054 keine neuen Schulden zu machen, ist in Reichweite. Während das Land im Jahr 2010
1055 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft hat, konnten in den Jahren
1056 2013 und 2015 Haushaltsüberschüsse erzielt werden.

1057 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
1058 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
1059 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
1060 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1061 Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren

1062 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
1063 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
1064 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
1065 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
1066 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1067 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
1068 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
1069 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
1070 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
1071 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1072 Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen

1073 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
1074 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
1075 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
1076 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1077 Wir versprechen nicht zu viel

1078 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
1079 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
1080 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
1081 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
1082 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
1083 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1084 Schuldenbremse einhalten, schädliche Subventionen abbauen

1085 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
1086 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1087 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien orientieren. Um
 1088 insbesondere ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen
 1089 Subventionsbericht auf den Weg gebracht. Eine transparente und regelmäßige
 1090 Berichterstattung soll es uns ermöglichen, die im Rahmen der
 1091 Haushaltskonsolidierung und der ökologischen Modernisierung notwendigen Schritte
 1092 einzuleiten.

1093 Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

1094 Der Staat hat kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse geht
 1095 es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld einnimmt. Wir sehen aber ein
 1096 Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher Hinsicht: Finanzgewinne werden
 1097 geringer besteuert als Arbeit. 50 Milliarden Euro gewähren wir jedes Jahr für
 1098 ökologisch schädliche Subventionen. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher.
 1099 Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft und müssen sich entsprechend an
 1100 der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir werden uns deshalb im Bundesrat
 1101 dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher
 1102 konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen angemessen zu besteuern.

1103 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
 1104 des Bundes und vor allem Europas sowie die personellen Ressourcen gestärkt werden.
 1105 Ohne eine effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit
 1106 nicht herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international
 1107 tätige Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1108 Soli für die Altschuldentilgung verwenden

1109 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
 1110 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, allen
 1111 Bundesländern und den Kommunen für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben,
 1112 insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen Länder
 1113 und Kommunen in die Lage versetzt werden, die Last der Altschulden zu bewältigen.
 1114 Für uns GRÜNE ist dafür ein Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen
 1115 wir den Bund in der Pflicht, entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch
 1116 Verlängerung oder Neuauflage eines zweckgebundenen, befristeten
 1117 Solidaritätszuschlages.

1118 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration

1119 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
 1120 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
 1121 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wir werden uns dafür
 1122 einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel zur
 1123 Verfügung stehen. Wer heute nicht in Integration investiert, ist für hohe soziale
 1124 Folgekosten verantwortlich.

1125 Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit

1126 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
 1127 Personalabbau Pfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
 1128 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
 1129 Versorgung von Flüchtlingen zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
 1130 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu
 1131 stellen, die Kitakosten weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und auch
 1132 den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1133 Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur

1134 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1135 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1136 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1137 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1138 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1139 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und
1140 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1141 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1142 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1143 Zeitalter vorzubereiten.

1144 Fair mit unseren Kommunen umgehen

1145 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1146 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1147 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1148 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1149 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1150 Schwere Erblast HSH Nordbank

1151 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1152 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1153 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1154 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1155 Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen

1156 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
1157 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
1158 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
1159 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorgung
1160 aufbauen und nachhaltig ausgestalten.

1161 Divestment – keine Investition in fossile Energien

1162 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
1163 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
1164 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
1165 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
1166 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
1167 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Auch bei Beteiligungen und Stiftungen
1168 muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend machen.

1169 Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein

1170 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
1171 alle nachvollziehbar sein und Risiken wie Investitionsanforderungen so gut wie
1172 möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
1173 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
1174 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
1175 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1176 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
 1177 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
 1178 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit und Ehrlichkeit gelingen kann.
 1179 Ziel ist es, direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder
 1180 Verschleiß transparent aufzuzeigen.

1181 ÖPP – aber nur in engen Grenzen

1182 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
 1183 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
 1184 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
 1185 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
 1186 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
 1187 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
 1188 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
 1189 Projekten nicht höher sein darf als zehn Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
 1190 Landeshaushalt. Voraussetzung für diese Maßnahmen ist eine wirksame
 1191 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung. Diese
 1192 beinhaltet die Zustimmung des Parlaments in der Sache und bei gravierenden
 1193 Änderungen.

1194 Finanzen@Digitales

1195 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
 1196 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
 1197 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
 1198 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
 1199 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
 1200 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
 1201 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
 1202 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
 1203 Landes etc. informieren können.

1204 Auf den Punkt

- 1205 • Wir werden die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
- 1206 fortsetzen,
- 1207 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1208 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1209 • die Kommunen fair behandeln,
- 1210 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1211 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.